
Tagung des Europäischen Rates am 15. und 16. Juni 2006 in Brüssel

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich mich für die Einladung zu Ihrem Europa-Kongress herzlich bedanken, die ich gern angenommen habe. Ihre Organisation setzt sich seit mehr als 40 Jahren 1/4
in besonderer Weise für den Zusammenschluss der europäischen Staaten auf demokratischer Grundlage ein. Ich beglückwünsche Sie zu Ihrem großen Engagement für die europäische Einigung und wünsche Ihrem Kongress einen guten und erfolgreichen Verlauf. Sie haben mich gebeten, Herr Vorsitzender, Ihnen vor Beginn der Diskussionsrunde einen Überblick über die wichtigsten Ergebnisse der Tagung des Europäischen Rates im 1/2
Juni dieses Jahres zu geben. Ich bin gern bereit, diesem Wunsch nachzukommen. Der Europäische Rat, der sich aus den Staats- und Regierungschefs der 25 Mitgliedstaaten der Europäischen Union und dem Präsidenten der 3/4
1./250

Europäischen Kommission zusammensetzt, ist am 15. und 16. Juni 2006 in Brüssel zu Beratungen zusammengetreten. Bei den eingehenden Diskussionen haben die umstrittene Europäische Verfas- 1/4
sung und die künftige Erweiterung der Europäischen Union um neue Mitgliedstaaten im Mittelpunkt gestanden. Meine Damen und Herren! Wenn von der Europäischen Verfassung die Rede ist, erinnern wir uns sofort daran, dass im Frühjahr 1/2
2005 die Volksabstimmungen über den Verfassungsvertrag in Frankreich und in den Niederlanden gescheitert sind. In beiden Ländern ist der Verfassungsvertrag von der Bevölkerung mit deutlicher Mehrheit abgelehnt worden. Aus diesem Grunde haben 3/4
die Staats- und Regierungschefs auf ihrem Gipfeltreffen im vorigen Jahr zu einer Denkpause aufgerufen und beschlossen, den Ratifizierungsprozess bis Mitte 2007 zu verlängern. In der Zwischenzeit sind in allen Mitgliedstaaten der Euro- 2./275

päischen Union ausführliche Diskussionen darüber geführt worden, auf welche Weise ein Ausweg aus der Verfassungskrise gefunden werden kann. Der Europäische Rat hat die vielfältigen Initiativen und die Absicht der Regierungen der Mitgliedstaaten begrüßt, die Bürger in die Debatte über die Frage einzubeziehen, wofür Europa im 21. Jahrhundert stehen soll. Meine Damen und Herren! Leider müssen wir auch nach dem Gipfeltreffen in Brüssel feststellen, dass es nach wie vor keine konkreten Fort- 1/2

schritte in der Verfassungsfrage gibt. Bis heute ist die Europäische Verfassung von 15 Mitgliedstaaten der Europäischen Union ratifiziert worden. Dazu gehört auch die Bundesrepublik Deutschland. Als 16. EU-Mitglied hat Finnland seine Zustimmung im Laufe dieses Jahres angekündigt. Allerdings ist weiterhin unklar, wie die Regierungen Frankreichs und der Niederlande nach den negativen Volksabstimmungen im vorigen Jahr mit dem Verfassungsvertrag umgehen werden. Darüber hinaus gibt es aus Tschechien starken Wider-

3./300

stand, und als weitere Problemfälle müssen an dieser Stelle Großbritannien und Polen genannt werden. Vor diesem Hintergrund haben die Staats- und Regierungschefs auf ihrem Gipfeltreffen in Brüssel die endgültige Entscheidung über die Europäische Verfassung zunächst vertagt und sich darauf geeinigt, das schwierige Problem spätestens bis Ende 2008 zu lösen. Bei den Bemühungen um die Überwindung der Verfassungskrise wird der Bundesrepublik Deutschland, die zum Jahreswechsel die Ratspräsidentschaft übernimmt, besondere Bedeutung zukommen. Die Bundeskanzlerin hat in Brüssel an alle Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union appelliert, die Debatte über die Europäische Verfassung so schnell wie möglich zum Abschluss zu bringen. Die Bundesrepublik Deutschland wird dem Europäischen Rat im ersten Halbjahr 2007 einen Bericht vorlegen, der sich auf die ausführlichen Konsultationen mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Union stützt. Dieser Bericht soll eine Bewertung des Standes der Beratungen über die Europäische Verfassung enthalten und mögliche künftige Entwicklungen aufzei-

4./325

gen. Im Anschluss daran wird der Bericht vom Europäischen Rat geprüft werden. Die Ergebnisse dieser Prüfung sollen als Grundlage für die weiteren Beschlüsse darüber dienen, wie der Verfassungsprozess in den nächsten Jahren fortgesetzt werden kann. Meine Damen und Herren! An dieser Stelle möchte ich Sie darauf hinweisen, dass die Bundeskanzlerin das Gipfeltreffen zum Anlass genommen hat, die in Brüssel versammelten Staats- und Regierungschefs für den 25. März 2007 zu einer Jubiläumsfeier nach Berlin einzuladen. Auf einem Sondergipfel soll der 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römi-

1/2

schen Verträge festlich begangen werden. Im Jahre 1957 hatten Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande mit dem Abschluss der Verträge über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Europäische Atomgemeinschaft zwei wesentliche Bestandteile der späteren Europäischen Gemeinschaften begründet. Zusammen mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl ist daraus im Laufe der Zeit die Europäische Union entstanden. Insofern ist die Unterzeichnung der Römischen Verträge eine wichtige Anfangsetappe auf dem

 $\frac{3}{4}$ **5./350**

Weg zur Europäischen Union gewesen. Erlauben Sie mir, meine Damen und Herren, im Zusammenhang mit der Einladung der Bundeskanzlerin eine persönliche Bemerkung zu machen. Ich bin der Meinung, dass kein anderer Ort besser geeignet ist als Berlin, um die erfolgreiche Vergangenheit der europäischen Einigung zu feiern und gleichzeitig die Zukunft Europas zu diskutieren. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass Berlin weltweit als ein Symbol für die Überwindung der Teilung Europas und für den Aufbruch in eine gemeinsame Zukunft gilt. Meine Damen und Herren! Neben dem weiteren Schicksal der europäischen Verfassung hat die Erweiterung der Europäischen Union um neue Mitgliedstaaten im Mittelpunkt der Diskussionen des Europäischen Rates gestanden. Die Staats- und Regierungschefs haben auf ihrer Tagung in Brüssel zur Kenntnis genommen, dass von den Außenministern der Mitgliedstaaten auf ihrem Treffen im Frühjahr dieses Jahres in Österreich erste Gespräche über dieses Thema geführt worden sind. Der Europäische Rat ist daher übereingekommen, dass diese allgemeinen Beratungen in den nächsten Monaten fortgesetzt und vertieft werden. Die Staats- und Regierungschefs haben noch einmal nachdrücklich betont, dass sich die Erweiterung der Europäischen Union als historische Chance

 $\frac{1}{4}$ $\frac{1}{2}$ $\frac{3}{4}$ **6./375**

erwiesen hat, zu der es keine politische Alternative gibt. Nur auf diese Weise können der Frieden, die Demokratie und die Stabilität in Europa langfristig gesichert werden. Darüber hinaus ist die Erweiterung ein wirksames Instrument, um die wirtschaftlichen Verhältnisse und den Lebensstandard der Bevölkerung in den Beitrittsländern zu ver-

 $\frac{1}{4}$

bessern. Die Erweiterung wird zweifellos dazu beitragen, dass die Mitgliedstaaten der Europäischen Union die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Wirtschaft erhöhen können. Damit wird die Voraussetzung dafür geschaffen, die Herausforderungen der Globalisierung und der weltweiten Veränderungen in der nächsten Zeit noch besser zu bewältigen. In diesem Zu-

1/2

sammenhang hat der Europäische Rat den Bericht der Europäischen Kommission über den wirtschaftlichen Erfolg der Osterweiterung begrüßt, die den bevorstehenden Beitritt Bulgariens und Rumäniens einschließt. Meine Damen und Herren! Ich halte es für angebracht, an dieser Stelle einige Bemerkungen zum Beitritt Bulgariens und Rumäniens zu machen. Als am 1. Mai 2004 mit der Aufnahme von zehn neuen Mitgliedstaaten in die Europäische Union die größte Erweiterung in der Geschichte der europäischen Einigung stattfand, konnten diese beiden Länder der Gemeinschaft noch nicht beitreten. Sie sind seinerzeit an der vollständigen Erfüllung der Kriterien für die Aufnahme

7./400

neuer Mitglieder gescheitert. Unter diesen Umständen sind in den folgenden Jahren weitere Verhandlungen zwischen den Regierungen der beiden beitriftswilligen Staaten und der Europäischen Union notwendig geworden. Auf seiner Tagung in Brüssel hat der Europäische Rat bekräftigt, dass es das Ziel der Mitgliedstaaten der Europäischen Union bleibt, Bulgarien und

1/4

Rumänien im Januar 2007 als neue Mitglieder zu begrüßen. Die Staats- und Regierungschefs haben die Reformanstrengungen, die diese beiden Länder vor allen Dingen in letzter Zeit unternommen haben, ausdrücklich gewürdigt. Auf der anderen Seite haben sie die beiden Beitrittskandidaten mit allem Nachdruck dazu aufgefordert, ihre Bemühungen zu inten-

1/2

sivieren, um die noch bestehenden Probleme, auf die die Europäische Kommission in ihrem jüngsten Bericht hingewiesen hat, so bald wie möglich zu lösen. Der Europäische Rat ist nach wie vor davon überzeugt, dass die beiden Länder den notwendigen politischen Willen aufbringen und die festgestellten Defizite beseitigen werden, um der Europäischen Union

3/4

am 1. Januar 2007 beitreten zu können. Der Rat hat die Absicht der Europäischen Kommission begrüßt, ihre nächsten Berichte über die in der Zwischenzeit erreichten Fortschritte in Bulgarien und Rumänien spätestens Anfang Oktober vorzulegen. Gleichzeitig sind die Regierungen aller 25 Mitgliedstaaten vom Europäischen Rat aufge-

8./425

fordert worden, die Ratifizierung des Beitrittsvertrages rechtzeitig abzuschließen. Meine Damen und Herren! Auf dem Gipfeltreffen in Brüssel sind auch allgemeine Fragen im Zusammenhang mit künftigen Erweiterungen der Europäischen Union erörtert worden. Bei der Diskussion über dieses Thema hat der Europäische Rat noch einmal die genaue Einhaltung der bestehenden Verpflichtungen bekräftigt. Darüber hinaus hat er betont, dass alle Anstrengungen unternommen werden müssen, um den Zusammenhalt der Europäischen Union zu wahren und sicherzustellen, dass sie weiterhin wirksam funktioniert. Es ist von größter Wichtigkeit, dass die Europäische Union bei einer künftigen Erweiterung in politischer, finanzieller und institutioneller Hinsicht handlungsfähig bleibt und das gemeinsame europäische Projekt weiter vertiefen kann. Aus diesem Grunde wird der Europäische Rat auf seiner nächsten Tagung im Dezember dieses Jahres alle Fragen erörtern, die sich im Zusammenhang mit künftigen Erweiterungen stellen. Dabei geht es vor allen Dingen um die Fähigkeit der Europäischen Union, neue Mitglieder aufzunehmen. Außerdem werden weitere Möglichkeiten zur Verbesserung des Erweiterungsprozesses auf der Grundlage der bisherigen Erfahrungen zur Debatte stehen. Der Europäische Rat hat daran erinnert, dass das Tempo der Erweiterung der Aufnahmefähigkeit der Europäischen Union Rechnung tragen muss. Deshalb haben die Staats- und Regierungschefs die Europäische Kommission aufgefordert, zusammen mit ihren

 $\frac{1}{4}$ $\frac{1}{2}$ $\frac{3}{4}$ **9./450**

jährlichen Berichten über die Fortschritte bei dem Erweiterungsprozess einen Sonderbericht über alle Aspekte im Zusammenhang mit der Aufnahmefähigkeit der Europäischen Union vorzulegen. Es ist unbedingt notwendig, dass in dem Sonderbericht deutlich zum Ausdruck kommt, wie die Erweiterung der Europäischen Union zurzeit und in Zukunft von den Bürgern in den Mitgliedstaaten aufgenommen wird.

 $\frac{1}{4}$

Meine Damen und Herren! Nachdem ich Ihnen über die schwierige Situation bei der Lösung der Verfassungskrise und über die künftige Erweiterung der Europäischen Union berichtet habe, möchte ich mich zum Schluss meiner Ausführungen einem Thema zuwenden, das ebenfalls auf der Tagesordnung des Gipfeltreffens in Brüssel gestanden hat. Die Staats- und Regierungschefs haben beschlossen, Slowenien als 13.

 $\frac{1}{2}$

Mitglied in die Währungsunion aufzunehmen, und eine entsprechende Empfehlung der Europäischen Kommission und der Europäischen Zentralbank einstimmig gebilligt. Somit wird Slowenien als erstes der zehn Länder, die im Rahmen der Osterweiterung vor zwei Jahren der Europäischen Union beigetreten sind, zum 1. Januar 2007 den Euro als neue Währung einführen. Die Erweiterung ^{3/4} der so genannten Euro-Zone um Slowenien wird vom Europäischen Rat als ein bedeutender und äußerst positiver Schritt im Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion betrachtet. Auch die Finanzminister der Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament haben den Beschluss der Staats- und Regierungschefs begrüßt und sich mit großer Mehrheit für die Aufnahme dieses südosteuropäischen Staates in die Währungsunion ausgesprochen. **10./475**

* * * * *

Beginn der 4. Minute: ... und als weitere Problemfälle